

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Keine dubiosen Wärmecontracting-Modelle in Berlin

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Berliner Senat wird aufgefordert, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass landeseigene Unternehmen wie die Berliner Energie und Wärme (BEW) und die landeseigenen Wohnungsunternehmen (LWU) keine Geschäftsmodelle entwickeln, betreiben oder weiterführen, die auf sogenannten Wärmecontracting-Modellen basieren, die nachweislich zu überhöhten Kosten für Mieter*innen führen oder Anreize für eine langfristige Bindung an fossile Energieträger schaffen.

Darüber hinaus fordern wir den Senat auf, zu veranlassen, dass alle von Wärmecontractern betriebenen Heizungsanlagen in den Liegenschaften der LWU von den LWU übernommen werden. Die LWU werden von ihrem Kündigungsrecht entsprechend Gebrauch machen.

Dem Abgeordnetenhaus ist zum 1. Juli 2025 zu berichten.

Begründung

Die Recherche des Investigativportals CORRECTIV vom November 2024 zeigt auf, dass Wärmecontracting-Modelle oft zu erheblichen Heizkostenabrechnungen für Mieter*innen führen können. In Berlin wurden in diesem Zusammenhang insbesondere Fälle bekannt, bei denen das nun landeseigene Unternehmen Berliner Energie und Wärme (vormals Vattenfall Wärme) entsprechende Modelle etabliert hat. Diese Vertragskonstellationen sind problematisch, weil sie:

- für Mieter*innen zu undurchsichtigen und überhöhten Heizkostenabrechnungen führen, die oft weit über den Marktpreisen liegen;
- komplexe Vertragsstrukturen aufweisen, die von Mieter*innen kaum nachvollziehbar sind;
- durch jahrelanges Festhalten an fossilen Heizsystemen den Umstieg auf klimafreundliche Technologien erschweren und damit die Klimaziele des Landes Berlin untergraben.

Als Hauptstadt mit einem ehrgeizigen Klimaplan und als Eigentümerin mehrerer Energieversorgungs- und Wohnungsunternehmen mit entsprechenden Tochtergesellschaften trägt Berlin eine besondere Verantwortung, die Interessen der Mieter*innen zu schützen und den Übergang zu einer klimafreundlichen Energieversorgung zu forcieren. Dies erfordert, dass das Land Berlin und seine Unternehmen eine Vorbildfunktion einnehmen und von Geschäftsmodellen absehen, die diesen Zielen zuwiderlaufen.

Gerade LWU wie die Gewobag haben Wärmecontracting- Verträge abgeschlossen oder Verträge bei der Übernahme von Beständen verlängert, wie am Kottbusser Tor mit GASAG Solutions, statt eine nachhaltige, günstigere Wärmeversorgungslösung anzugehen. Dies geht zu Lasten der Mieter*innen, die jetzt teils exorbitante Heizkosten tragen müssen, obwohl sie sich sogar in ihrem Verbrauch eingeschränkt haben. Sozialverträgliches und verantwortungsvolles Vermieten der LWU muss auch für die zweite Miete gelten. Der Senat muss hierfür Sorge tragen und dies politisch steuern, statt die Mieter*innen mit dem Problem allein zu lassen.

Berlin, den 18. Februar 2025

Jarasch Graf Taschner Schmidberger
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen